



Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Antrag
31.03.2016

Den Steuerzahler entlasten – „Flüchtlings“-Taschengeld um 36 Euro für kostenlosen WLAN-Zugang kürzen!

Ich beantrage:

Der Stadtrat beschließt: Die LHM setzt die bundesweit geltende Regelung um, wonach Asylbewerbern, denen in ihrer Unterkunft ein kostenloser WLAN-Zugang zur Verfügung steht, 36 Euro Taschengeld gestrichen werden.

Begründung:

Asylbewerbern, denen in ihrer Unterkunft kostenlos WLAN zur Verfügung steht, werden 36 Euro von ihrem Taschengeld gestrichen. Eine entsprechende Regelung gilt bundesweit, sie wurde aber noch nicht überall umgesetzt. Kürzlich erteilte etwa die Regierung von Mittelfranken den Kommunen in ihrem Einzugsbereich, die das Geld an die Asylbewerber auszahlen, eine entsprechende Anweisung.

Das „Taschengeld“ ist eine Pauschale, die im Asylbewerberleistungsgesetz festgelegt ist. Dieses regelt auch, daß „Flüchtlings“ ein sozio-kulturelles Existenzminimum von knapp 150 Euro zusteht. Dieses „Taschengeld“ ist z.B. für Busfahrten, Hygieneartikel oder Handykosten vorgesehen.

Im Asylpaket I vom Oktober 2015 hat die Bundesregierung allerdings beschlossen, Asylbewerbern statt Geld grundsätzlich eher Sachleistungen zukommen zu lassen. Werde also der Bedarf an Kommunikation durch zur Verfügung gestelltes WLAN gedeckt, könne hierfür nicht auch noch Geld ausbezahlt werden, argumentiert der Gesetzgeber. Schließlich dürften „Flüchtlings“ nicht besser gestellt werden als andere Bedürftige, die nicht über einen kostenlosen Internetzugang verfügen.

Nach aktuellen Recherchen des Bayerischen Rundfunks sind in der Landeshauptstadt München derzeit 14.619 „Flüchtlings“ untergebracht. Ein Großteil

b.w.

von ihnen lebt in Sammelunterkünften bzw. Erstaufnahmeeinrichtungen und dürfte dort auch in München über einen kostenlosen WLAN-Zugang verfügen. Eine Kürzung des Taschengelds dieses nicht unerheblichen Personenkreises um die bundesweit geregelte Summe von 36 Euro würde in diesem Fall den Steuerzahler um Ausgaben in Höhe von immerhin 526.284 Euro entlasten.

Für den Fall, daß die LHM die entsprechende bundesweite Regelung nicht umzusetzen beabsichtigt, wäre die Öffentlichkeit für eine stichhaltige Begründung dankbar.

A handwritten signature in purple ink, appearing to be 'Karl Richter', written in a cursive style.

Karl Richter
Stadtrat